
Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

Bei der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wollten auch Ausreisewillige und Bürgerrechtler teilnehmen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Stasi versuchte dies zu verhindern.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Da die Gegendemonstranten bereits im Vorfeld die Öffentlichkeit suchten, war das Vorhaben den Sicherheitsorganen frühzeitig bekannt. Mit Drohungen, Versprechungen und Ausweisungen ergriffen sie Maßnahmen zur Absicherung der Kampfdemonstration bzw. zur Verhinderung "feindlicher" Handlungen.

In einem Schreiben an die Leiter der Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht forderte Mielke-Stellvertreter Rudi Mittig den verstärkten Einsatz aller verfügbaren Kräfte. So wollte er verhindern dass die Gruppe weitere Aktivitäten unternahm, insbesondere im Hinblick auf den 17. Januar.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl. 1-4

Metadaten

Datum: 13.1.1988

Schreiben an alle Dienstseinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

103440 8188

Ministerium für Staatssicherheit Berlin, 13. Januar 1988
Stellvertreter des Ministers

Vertrauliche Verschußsache
VVS-0008
MfS-Nr. 3/88
78 .Ausf. Bl. 1 bis 2

Dienstseinheiten
Leiter

BSStU
000001

In jüngster Zeit verstärken aus der politischen Untergrund-
tätigkeit bekannte feindliche Kräfte in der DDR sichtbar ihre
Anstrengungen, um weitere feindlich-negative Personenkreise,
insbesondere Übersiedlungersuchende, zu formieren und zu anti-
sozialistischen Handlungen zu aktivieren. Durch offen provoka-
torische Aktivitäten sollen verstärkter Druck auf Partei- und
Staatsorgane ausgeübt und die staatlichen Organe der DDR zu
Reaktionen und Entscheidungen veranlaßt werden, die im Zusam-
menwirken mit gegnerischen Kräften in der BRD und in Westberlin
zur internationalen Diskreditierung der DDR genutzt werden sollen.

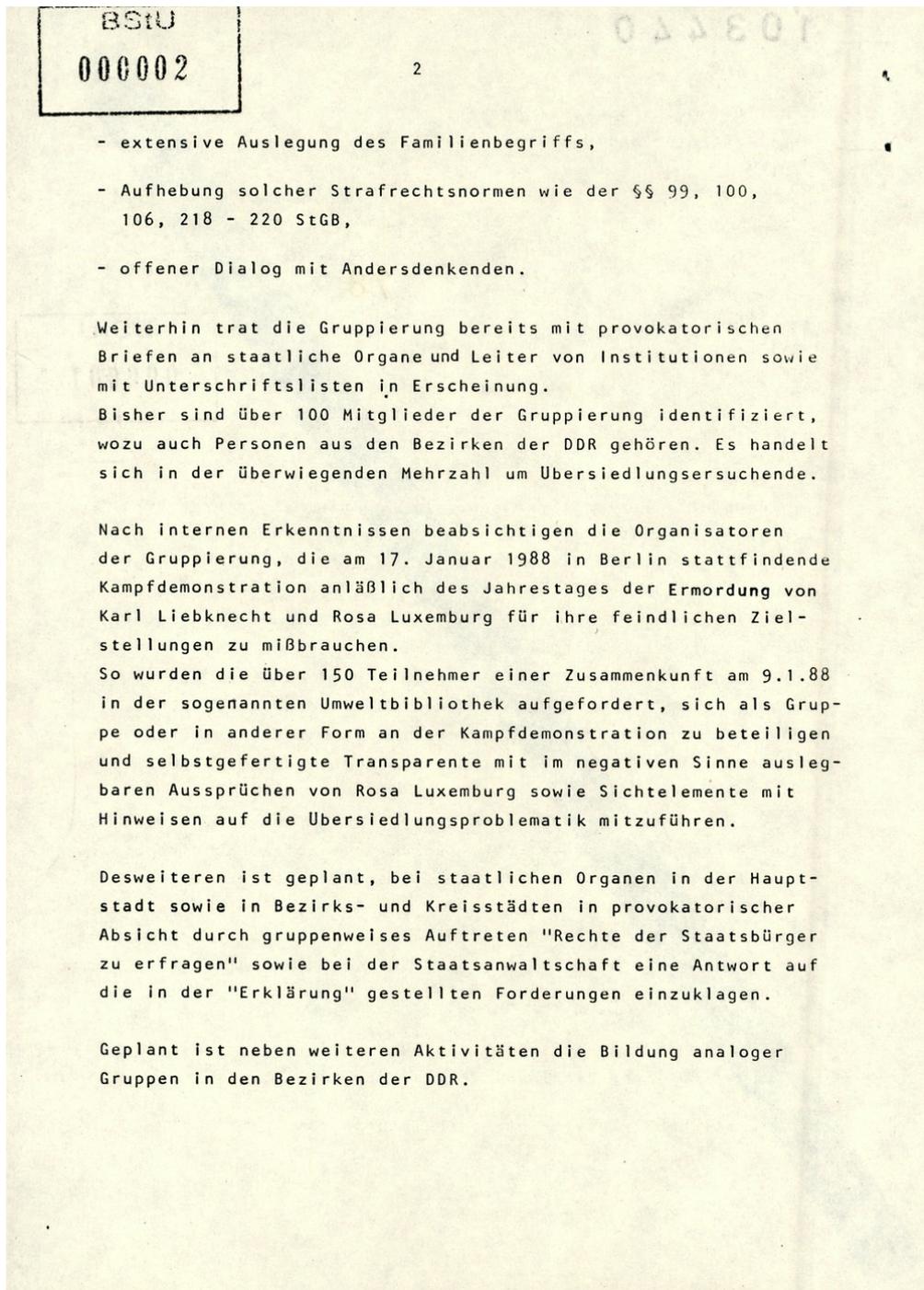
Am 10. Dezember 1987 wurde in der Hauptstadt der DDR, Berlin,
unter Mißbrauch von Räumlichkeiten der evangelischen Kirche
durch feindlich-negative Kräfte eine sogenannte Arbeitsgruppe
"Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" gegründet, die in einer von
45 Personen - überwiegend Übersiedlungersuchenden - unterzeich-
neten und an führende Persönlichkeiten der DDR übersandten "Er-
klärung" solche Forderungen stellt, wie

- gesetzlicher Anspruch auf freie Aus- und Einreise für alle
und gerichtliche Einklagbarkeit dieses Rechts,
- öffentliche Diskussion zur Ausreiseproblematik,

Signatur: BSStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl 1-4

Blatt 1

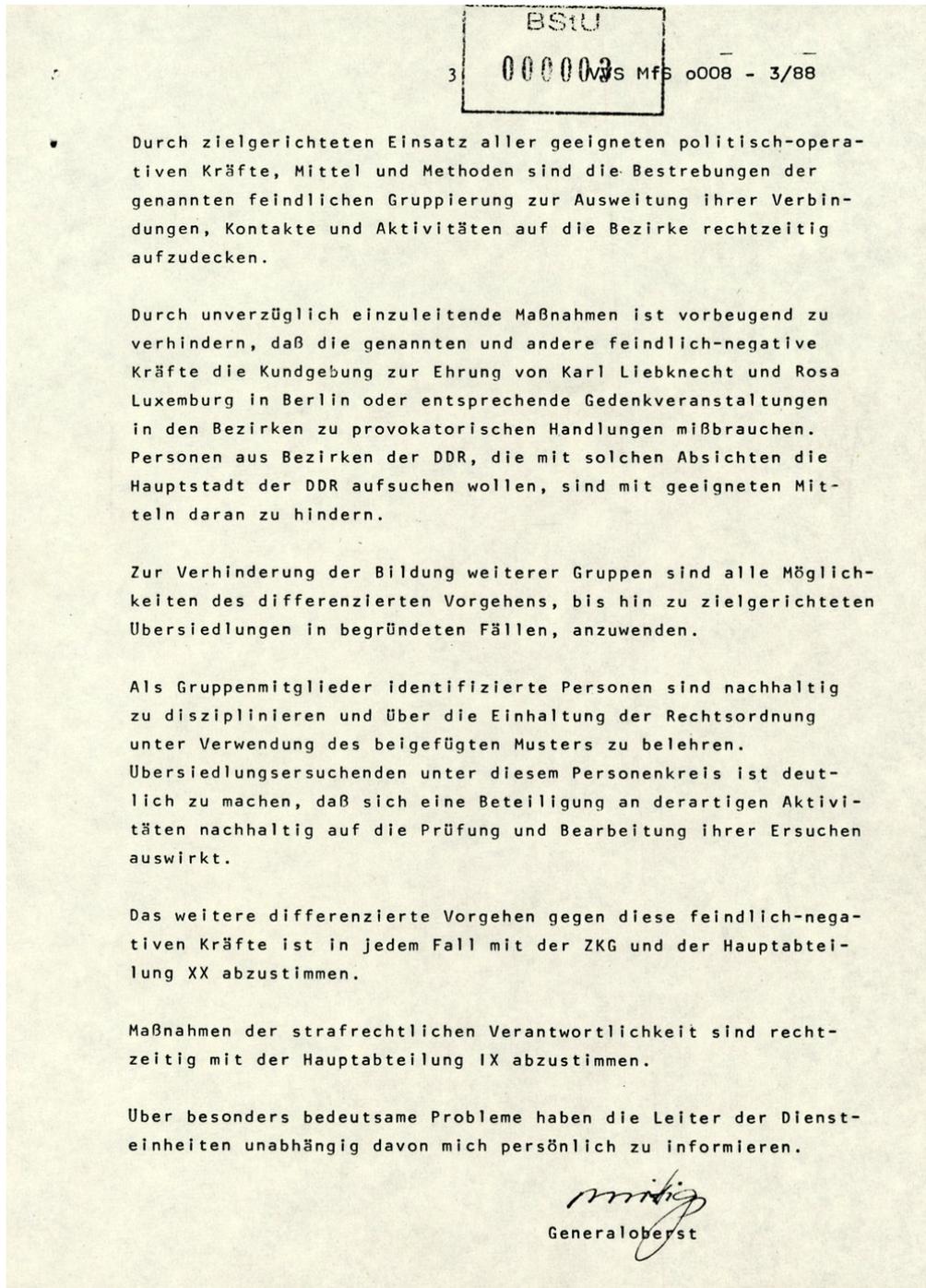
Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl 1-4

Blatt 2

Schreiben an alle Diensteinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht



Signatur: BSTU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, BL 1-4

Blatt 3

Schreiben an alle Dienstseinheiten zu den Aktivitäten der AG Staatsbürgerschaftsrecht

BStU
000004

Berlin,

Belehrung des Bürgers der DDR

.....

geb. am:

wohnhaft:

Ich wurde am heutigen Tage nachdrücklich belehrt, jegliche Aktivitäten zum Mißbrauch der Demonstration am 17. 1. 1988 in Berlin und anderer öffentlicher Veranstaltungen sowie andere im Widerspruch zur Rechtsordnung der DDR stehender Handlungen zu unterlassen und künftig die Gesetze der DDR einzuhalten und daß andernfalls gegen mich strafrechtliche oder andere rechtliche Maßnahmen eingeleitet werden können.

.....

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8399, Bl. 1-4

Blatt 4